

Lübbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtpaltige Beilagenzeit oder deren Raum 250 Pfg., Verlagsanmeldungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg., Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15.

Mittwoch, den 18. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Wirth und die deutsche Politik.

Berlin, 17. Januar.

In der heutigen Sitzung des Zentrumsparlamentes ergriff der Reichskanzler das Wort. Er stellte fest, daß die Verhandlungen des Parteitages ergeben hätten, daß die Gesamtstrategie der Politik der Reichsregierung von der Zentrumspartei im großen und ganzen gebilligt würde. In seinem Augenblick dürfe die Zentrumspartei aus parteipolitischen Erwägungen heraus sich vor der Verantwortung drücken. Es sei kein leichtes gewesen, gegenüber der ungesicherten Entscheidung in Genf über Oberschlesien die Politik des Reiches weiterzuführen. Gegenüber den Vorwürfen wegen der Unterzeichnung des Ultimatus erinnerte der Reichskanzler, daß er schon bei der Annahme des Ultimatus sagte, daß die weltwirtschaftlichen Folgen den Gegnern zur Last fallen. Das damals gesprochene Ja sei heute noch als richtig anzusehen. Damals sah die gesamte Welt die Lage nur politisch und nicht wirtschaftlich. Heute sei er dessen gewiß, daß man auf der Gegenseite über die Zahl der Milliarden, die das deutsche Volk zahlen sollte, und über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Milliarden sich überhaupt nicht unterrichtet habe. Heute habe man in allen Ländern gelernt, was die Milliarden in Gold eigentlich bedeuten. Wäre das deutsche Volk in der Lage, alles buchstäblich zu erfüllen, hätte es Nahrungsmittel und Rohstoffe, um durch Erzeugung und den Verkauf die Versailler und Londoner Bedingungen buchstäblich auszuführen, und es wäre so boshaft, es zu tun, so würde, abgesehen von den deutschen Schornsteinen, kein Schornstein in der ganzen Welt rauchen können. Sei nun, so sagte der Reichskanzler, die große Katastrophe damit wieder gutgemacht, daß nun ein einziges Volk isoliert herausgehoben werde und daß man das deutsche Volk als Zitrone, um es dann als ausgegüht aus der Geschichte beiseite zu legen? Die Kaufkraft des deutschen Volkes hingeseht zu der Unfähigkeit der östlichen Völker werden einen Weltbankrott unter allen Umständen herbeiführen. Der Gedanke der Wirtschaft und der Solidarität aller wirtschaftstreibenden Völker der ganzen Welt müsse als ein großes Prinzip der internationalen Politik von Mund zu Mund und von Ohr zu Ohr und von Volk zu Volk weitergetragen werden. Delegierte aller Völker müssen sich über die Wirtschafts- und Finanzprobleme und damit auch über die Probleme der Leistungen unterhalten. Dieses Ziel, daß man die Welt wirtschaftlich sehe, und die Verbreitung der Erkenntnis, daß die Wirtschaft der ganzen Welt eine Verständigung der Menschen voraussetzt, dieses Ziel habe Deutschland auf seinem Leidenswege von London am 10. Mai bis Cannes erreicht. Hinsichtlich der Wirtschaftskonferenz von Genua erklärte der Reichskanzler, man sehe, daß der Gedanke sich Bahn gebrochen habe, daß nur die Solidarität der Völker, mindestens in wirtschaftlichen Fragen, die große Katastrophe der Weltwirtschaft überhaupt verhindern könne. Die nächsten Tage stellten uns vor außerordentlichen Aufgaben. Die Lösung in Cannes sei keine definitive große Einigung. Es stehe nach die allergrößte Frage, wie die Völker überhaupt unter den Reparationslasten nebeneinander leben wollen, aus. Diese Frage sei noch vollkommen offen und könne überhaupt erst gelöst werden, wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt der Welt, Amerika, sowohl wirtschaftlich wie finanzpolitisch geneigt sei, sich für Europa zu interessieren. Wer wissen wollte, wie weit die Erkenntnis von der Gesamtsolidarität der Welt fortgeschritten sei, werde es merken können aus unserer Note an Frankreich, als der Gouverneur der Bank von England Havenschein eröffnen ließ, daß unter den Deutschland auferlegten Zahlungsbedingungen Kredite in England für Deutschland zu Reparationszwecken nicht zu erhalten seien. War das der Moment, in dem das deutsche Volk, ohne daß man ihm auch nur mit einem Jota den Vorwurf der Unaufrichtigkeit machen durfte, seinen Gegnern sagen konnte: Bitte setzen Sie sich zusammen und prüfen Sie angesichts dieses für die ganze Welt bedeutungsvollen Spruches die Leistungsfähigkeit Deutschlands? Diese Prüfung sei nicht abgeschlossen, aber es sei nicht zu erwarten, daß, nachdem die großen politischen Fragen viele Jahre lang diskutiert worden sind, dieses Problem in ein paar Tagen endgültig vom Tische der europäischen Völker schwinden würde. Was wir brauchen, ist ein aufrichtiges Bekenntnis, daß es uns innerpolitisch ernst ist, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen.

An Gegensätzen über die Frage der Steuern und ihrer Verteilung fehle es im Zentrum nicht, aber die parteipolitische Befähigung zeige sich darin, daß wir ein Kompromiß zu Stande bringen werden, das beiderseits, bei den Besitzenden und Nichtbesitzenden, als anständiges Kompromiß angesehen werden kann. Sei es nicht möglich, dieses Kompromiß zu finden und mit der Reichssozialdemokratie zu einem Kompromiß zu kommen, so sei unsere Politik innerpolitisch bestimmt.

Wenn die Regierung nicht imstande sein sollte, die Probleme in Verbindung mit den Parteien, die guten Willens sind, zu lösen, so sei sie

in offener Geldschlacht im Reichstagsplenum zu stürzen.

Wenn sich Leute fänden, die bereit seien zur Übernahme und Verantwortung, und die Besseres leisteten und sich mehr anstrengten als das Zentrum, dann sei für das Zentrum die Zeit gekommen, parteipolitisch und persönlich einmal etwas auszurufen; aber nicht, um in prinzipielle Opposition zu treten. In einem Volksstaat in prinzipielle Opposition zu treten, sei ein Widerspruch in sich. Wenn man ein Volk vor sich sehe, das mit knapper Not der sozialen und staatlichen Desorganisation entronnen ist, ein Volk, das immer nur auf ein paar Monate frei zur Verfügung habe, dessen Kaluta von heute auf morgen geschäftliche Entschleunigungen umwerfe wie ein großes Kartenhaus, dann überlege man sich dreimal, ob jetzt die Zeit gekommen sei, ein solches Volk nach einem Schlagwort zu spalten, daß jetzt eine große Entscheidung zwischen rechts und links gekommen sei.

Keine Schlagwortpolitik, sondern eine Realpolitik!

Politik treiben heiße für das Zentrum, wie im Jahre 1921 auch Opfer bringen, steuerlich wie politisch. Es sei nicht gut, wo wir gerade in den Randgebieten sthen, wenn in den Reihen der Zentrumspartei das Schlagwort: Die Unitarismus, die Föderalismus, ausgekämpft werden solle. Es sei notwendig, daß im Zeitalter der Katastrophe die Kräfte mehr zusammengefaßt werden, und daß da die Länder auch Opfer bringen müßten, sei ganz klar. Man müsse über die engen Grenzpfähle der Heimat hinaussehen und neben Hessen, Sachsen, Baden, Bayern gebe es auch noch Thüringen. Daneben müsse man auch Verständnis haben für eine große Geschlossenheit des preussischen Staatswesens. Man könne nicht mit einem Kochlöffel in der ganzen Sache herumrühren und nur von einem Zipfel unserer heimatischen Erde aus unsere Reichspolitik treiben wollen. Wir seien alle Brüder, eine Volksgemeinschaft auf heimatischer Erde, und gerade an dem Zentrum solle man sehen, daß es seine Wurzeln hat in der

nationalen Einheit unseres Vaterlandes, die ihm über alles geht.

England erwartet neue französische Vorschläge.

London, 18. Januar.

Die englische öffentliche Meinung erklärt sich zu Gunsten eines anglo-französischen Abkommens, das, wie allgemein anerkannt wird, die Grundlage für irgendwelche Maßnahmen bilden sollte, die man für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas anwenden könnte. Der nächste Schritt liegt bei der französischen Regierung, und die neuen Vorschläge, die Frankreich der englischen Regierung machen werde, seien der inwärtigen und ausländischen Beurteilung zeitens der britischen Regierung, des Parlaments und der Bevölkerung sicher. Man glaubt, daß die Aufstimmung des Parlaments nicht vor dem Zusammentritt der Konferenz von Genua erfolgen wird. Lloyd George wird in dieser Woche eine öffentliche Rede halten. Man erwartet von ihr wichtige Ankündigungen über die britische Politik.

Poincarés Unterredung mit Lord Curzon.

Paris, 18. Januar.

Poincaré hat sich nach seiner gestrigen Unterredung mit Lord Curzon optimistisch geäußert. Der französische Ministerpräsident hat sich hauptsächlich darauf beschränkt, die Darlegungen des englischen Außenministers anzuhören, da es ihm nach Lage der Dinge noch nicht möglich war, selbst im Namen der neuen französischen Regierung bindende Vereinbarungen zu machen. Poincaré soll aber den Eindruck gewonnen haben, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England möglich sei, wenn die Einigung auch nicht so schnell erzielt werden sollte, wie es in Cannes der Fall zu sein schien.

Die Übergabe der Regierungsgewalt in Irland.

London, 18. Januar.

Am Montag hat im Dubliner Schloß der Vikarönig von Irland den acht Ministern der einseitigen Regierung des Freistaates die Regierungsgewalt übergeben. Als die Sinnweinerminister unter Führung von Collins in das Schloß einzutreten, fand eine stürmische Kundgebung statt.

Die Politik des Zentrums.

Zum Parteitag des Zentrums!

Dr. L. Lübke, 18. Januar.

Es liegt in der Macht des Zentrums, die Reichspolitik nach links oder nach rechts zu drängen. Zwischen den sozialistischen Parteien und den Parteien der Reaktion bildet das Zentrum das Zünglein an der Waage. Wenn also die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen Partei die bisherige Koalitionspolitik, die vor der Sozialdemokratie wesentlich beeinflusst wird, wirksam bekämpfen wollen, so müssen sie zunächst versuchen, das Zentrum zu einer Rechtslenkung zu veranlassen.

An derartigen Versuchen hat es nicht gefehlt. Und sie haben einigen Anklang gefunden in den Kreisen der Zentrumspartei, die dem katholischen Hochadel nahestehen, und denen die Erzberger-Wirtschaftsrichtung in der Partei längst ein Dorn im Auge ist. Die „Kölnische Volkszeitung“, das führende Blatt des rheinischen Zentrums, hatte vor kurzem darauf hingewiesen, daß das Zentrum wenig Wert darauf lege, unter allen Umständen Regierungspartei zu bleiben. Aber das waren ja immerhin nur vereinzelte Stimmen; die Gesamtpartei hielt mit ihrer Meinung vorläufig zurück.

Der Reichsparteitag des Zentrums wurde infolge dieser Sachlage von allen Seiten mit besonderer Spannung erwartet. Sollte er doch entscheiden, ob das Zentrum auch weiterhin mit dem radikalen Führer seines linken Flügels, Wirth, durch Dick und Dünn gehen, oder ob es in milder Rückwärtsbewegung leicht Anstoß nach rechts, nach der Volkspartei, suchen wollte. Es liegt in der Natur der gegenwärtigen Reichspolitik, daß diese Frage von ungeheurer Bedeutung ist. Hängt doch von ihrer Beantwortung nicht nur die Richtung der Entwicklung im Innern ab, sondern die noch wichtigere der Politik der Ermüner.

Der Zentrumstag hat nicht gezeugert, diese Frage glatt zu beantworten. Dr. Braun, der Reichsarbeitsminister, sprach offen und deutlich von der absoluten Notwendigkeit eines Eingriffes in die Substanz der Vermögen, d. h. in die Sachwerte. Und der frühere Reichskanzler Behrens, der gewiß kein Anhänger des Wirthschen Flügels, richtete äußerst scharfe Angriffe gegen die Politik der Deutschen Volkspartei. Er nannte das Treiben der Presse der Volkspartei und auch verschiedener volksparteilicher Führer ekelhaft; und er brandmarkte in der schärfsten Weise das ewige Herunterreißen der Regierung und das beinahe landesfeindliche Lauern auf außenpolitische Mißerfolge der Politik Wirths. Fehrenbach zog aus all dem den Schluß, daß das Zentrum mit der Volkspartei solange keine Koalition eingehen könne, als diese nicht eine grundsätzliche Wenderung in ihrer Gesamtpolitik vornehme.

Das war ziemlich deutlich. Wie ein Säuer in die Frühlingssaat fielen die Fehrenbachschen Worte auf die so hoffnungsvollen Seelen der Volkspartei. Führende volksparteiliche Blätter, wie „Tägliche Rundschau“ und „Zeit“ machten auch kein Hehl aus ihrer Enttäuschung über des Zentrums Weg, und sie richteten an Wirth die Frage, wie er sich zu der Koalition mit der Volkspartei stelle.

In der gestrigen Tagung nahm nun der Reichskanzler selbst das Wort, um seine Stellung festzusetzen. Wir geben heute an der Spitze des Blattes einen Auszug aus seiner Rede. Er hat sich keineswegs für oder gegen die Volkspartei festgelegt, denn er sprach ja nicht so sehr als Zentrumsmann, denn als Kanzler der Deutschen Republik. Und als solcher sucht er Freunde für seine Politik, wo er sie findet. Aber — keinen Zweifel ließ er darüber, daß eine andere Richtung als die bisherige in der Geschäftsführung des Deutschen Reiches nicht in Frage komme.

Sicher ist jedenfalls, daß die Volkspartei noch gewaltig in sich gehen muß, bevor sie dem Zentrum wirklich koalitionsfähig erscheinen wird. Und fest steht, daß die Entwicklung der letzten Zeit, und der Zentrumsparteitag bestätigt das, der festen und zielbewußten Politik des Zentrumsdemokraten Wirth ausgezeichnete Erfolge gebracht hat; und daß die verantwortungslose und parteipolitische Hege der Volkspartei, ihr ewiges Schielen nach rechts, sie nicht nur bündnisunfähig für die Sozialdemokratie, sondern auch für das Zentrum gemacht hat.

Unsere Ansicht, die wir vor und nach Götting immer wieder ausgesprochen, daß ein Zusammengehen mit der Volkspartei für die Sozialdemokratische Partei in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen könne, hat sich völlig bestätigt; sie ist unterdes wieder die Meinung fast unserer ganzen Partei geworden.

Wie kann man auch mit einer Partei paktieren wollen, die zwar regieren, aber keine Verantwortung tragen möchte? (Von ihren großkapitalistischen Wirtschaftszweigen ganz abgesehen.) Möge auch das Zentrum auf seiner jetzigen Meinung beharren; damit Stegerwaldsche Seitenstünge für alle Zukunft unmöglich sind.

